



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl SPD**

Sicherung der Freiwilligendienste in Bayern aufgrund des fehlenden Abiturjahrgangs 2025 – Einrichtung eines Strukturfonds

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Nachtragshaushalt 2025 einen Strukturfonds zur Sicherung der Jugendfreiwilligendienste in Bayern einzurichten und diesen mit Mitteln in Höhe von 5,5 Mio. Euro auszustatten. Die Mittel sollen dazu dienen, die finanziellen Einbußen der Trägerorganisationen aufgrund der Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium im Freistaat Bayern und dem damit einhergehenden fehlenden Abiturjahrgang 2025 zu kompensieren.

Begründung:

Im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) oder auch eines Bundesfreiwilligendienstes (BFD) arbeiten junge Menschen in Bayern (in der Regel in Vollzeit) in zahlreichen sozialen Einrichtungen – etwa in Krankenhäusern, Rehakliniken, Alten- und Pflegeheimen, aber auch im Sport oder im Bereich des Natur- und Umweltschutzes. In den meisten Einrichtungen sind die jungen Menschen unerlässliche Hilfskräfte – und für die Beschäftigten und die betreuten Personen dort eine wertvolle Unterstützung. Zugleich sind die Freiwilligendienste für junge Menschen eine wichtige Zeit der Orientierung. Freiwilligendienste eröffnen neue Perspektiven und entscheiden häufig auch über den weiteren persönlichen und beruflichen Werdegang. Gerade im sozialen Bereich spielen sie für die Gewinnung von Fachkräften eine zentrale Rolle. Zum Stichtag 01.12.2023 leisteten in Bayern 3 913 junge Menschen ein FSJ und 3 565 Freiwillige einen BFD.

Aufgrund der Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium in Bayern wird es im nächsten Jahr keinen Abiturjahrgang 2025 geben, was sich deutlich auch auf die Jugendfreiwilligendienste auswirken wird. Denn rund die Hälfte der Freiwilligendienstleistenden besitzt die allgemeine Hochschulreife und die allermeisten beginnen ihren Dienst direkt im Herbst nach ihrem Schulabschluss. Laut einer trägerinternen Umfrage der Freien Wohlfahrtspflege Bayern sowie der Landeskonferenz FSJ besaß zum Stichtag 01.12.2023 eine Quote von 55,5 Prozent der Jugendfreiwilligendienstleistenden im FSJ die allgemeine Hochschulreife. 59 Prozent dieser Freiwilligen begannen ihren Dienst direkt nach dem Schulabschluss, die übrigen Freiwilligen machten hierzu keine Angabe oder haben vorher ein Studium/eine Ausbildung zwischengeschaltet. Diese Quote ist – mit leichten Schwankungen – seit Jahren gleichbleibend. Die Trägerorganisationen warnen daher eindringlich davor, dass durch den fehlenden Abiturjahrgang im nächsten Jahr Tausende Teilnehmer im FSJ und BFD wegfallen werden. Hierdurch wird eine große Lücke im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements in den Einsatzstellen entstehen – der

Personalmangel wird sich deutlich verstärken und einzelne Angebote werden wegfallen bzw. eingestellt werden müssen. Auch die finanziellen Einbußen für die Trägerorganisationen sind massiv, sie beziffern sich auf 5,47 Mio. Euro.

Die Trägerorganisationen und die Landeskonferenz FSJ brauchen deshalb politische Unterstützung. Es gilt im Rahmen des Nachtragshaushalts 2025, einen Strukturfonds einzurichten und diesen einmalig mit Mitteln in Höhe von 5,5 Mio. Euro auszustatten, um so die anfallenden Fixkosten der bayerischen Bildungsträger zu überbrücken. Eine entsprechende Überbrückungsförderung ist dringend notwendig, um das pädagogische und verwaltungsseitige Personal sowie deren Büroausstattung weiterfinanzieren zu können. Ohne diese Kompensation würden Strukturen zerstört, die ab Herbst 2026 wieder benötigt werden.

Verwiesen sei zudem darauf, dass eine entsprechende Überbrückungshilfe bereits für einen einzelnen Träger – die Bayerische Sportjugend – gewährt wurde.